



**Platz für Steuerhinterzieher** Seine Lager stellt Amazon Händlern aus aller Welt zur Verfügung, auch dubiosen Anbietern aus Fernost

## „Ein Anschwärz-Button wäre das Richtige“

Aufgescheucht von der Politik, drängt **Amazon** seine chinesischen Händler, endlich Steuern in Deutschland zu zahlen. Doch die Registrierung der Firmen überfordert die Bürokratie – und schafft ein neues Geschäftsfeld.

**TEXT** BENEDIKT BECKER, VOLKER TER HASEBORG, CHRISTIAN RAMTHUN

**V**or gut einem halben Jahr war Holger Petersen noch der Steuerberater von Sörup, einer 4300-Einwohner-Gemeinde bei Flensburg. Seine Kunden waren Elektriker, Dachdecker, Textilhändler vom platten Land zwischen Nord- und Ostsee. Doch im Oktober verkaufte der 49-Jährige seine Kanzlei. Er hatte da so ein Gefühl. Ein Gefühl, dass er vielleicht auf ein neues Geschäftsfeld gestoßen war. Petersen wollte Steuerberater von Händlern sein, die ihre Waren auf dem virtuellen Marktplatz des größten Plattformbetreibers feilboten: Amazon.

Petersen zog nach Hamburg – diese Geschäftsadresse macht auf internationale Kunden mehr Eindruck als Sörup – und gründete seine neue Firma: TaxFBA. „Ich bin volles Risiko gegangen“, sagt er. Es hat sich gelohnt.

Denn Petersen ist der Mann, der chinesische Onlinehändler zu ehrlichen deutschen Steuerzahlern machen soll. Geschätzt 20 000 Händler mit Sitz in China betreiben auf deutschen Marktplätzen von Amazon und Ebay Handel, viele überweisen keine Umsatzsteuer an den deutschen Fiskus. Doch plötzlich sperrt Branchenprimus Amazon immer mehr

chinesische Steuersünder – und Petersens Dienste sind gefragt: 100 Onlinehändler aus China vertritt er bereits. Händler, die ihre Steuern nicht zahlten, „entweder aus Unwissenheit oder aus Absicht – das weiß man nicht so genau“, sagt Petersen. Für die Registrierung beim Finanzamt und die jährlichen Umsatzsteuermeldungen verlangt er 1549 Euro. Elf Mitarbeiter hat er schon. Gerade stellt er eine Taiwanerin ein und denkt darüber nach, eine Filiale in China aufzumachen.

Jetzt soll also Schluss sein mit dem Steuersparmodell aus Fernost. „Wir sperren ein Verkäuferkonto umgehend, wenn uns eine deutsche Steuerbehörde benachrichtigt, dass ein Verkäufer sich nicht an seine steuerrechtlichen Pflichten hält“, erklärt Amazon-Sprecher Christian Blum. Das Unternehmen setze sich „jederzeit für die Einhaltung umsatzsteuerrechtlicher Verpflichtungen ein“. Ein Ebay-Sprecher erklärt, sein Unternehmen sei „sehr aktiv“ im Kampf gegen Steuersünder und arbeite „eng mit den zuständigen Behörden zusammen“.

Dass vor allem Amazon-Sprecher Blum heute so klingt wie der Pressesprecher der Steuerzahler-Gewerkschaft, ist neu: Hatte

FOTO: LAIF/REIDER-SAWALL

sich der Handelsgigant doch für das Steuerproblem seiner Subhändler bis vor Kurzem für nicht zuständig erklärt. Jetzt scheint den Managern des US-Konzerns klar zu sein, dass sie in Germany ein Imageproblem haben: Amazon will nicht als Konzern dastehen, der auf der einen Seite in Deutschland im vergangenen Jahr 14,6 Milliarden Euro eingenommen hat – und auf der anderen Seite systematisch Steuerhinterziehung ermöglicht.

### Eine Milliarde Euro Steuerplus

Die Bekehrung von Amazon erfolgt nicht ganz freiwillig. Das Bundesfinanzministerium hat gerade einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Umsatzsteuerhinterziehung im Onlinehandel erarbeitet und stimmt ihn in diesen Tagen mit den anderen Ressorts ab. Bis Juli oder August will die Bundesregierung den Entwurf im Kabinett verabschieden, danach sind Bundestag und Bundesrat an der Reihe. „Am 1. Januar 2019 wird das Gesetz dann in Kraft treten“, sagt Christine Lambrecht, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium. Für Amazon, Ebay und andere Plattformbetreiber heißt es dann: Hinterzieht einer der vielen Tausend Händler, die sich auf ihren Marktplätzen tummeln, Steuern, dann müssen sie für den Schaden haften. Ein ähnliches Modell gibt es bereits in Großbritannien, wo Händler ohne Steuernummer auf keine Plattform dürfen.

Um rund eine Milliarde Euro könnte das Steueraufkommen in Deutschland dann steigen, heißt es in einer internen Schätzung des Bundesfinanzministeriums. Kein Wunder, dass sich die Länderfinanzminister vor einer Woche bei ihrem Treffen in Goslar einmütig den Kampf gegen den Umsatzsteuerbetrug im Internethandel auf die Fahnen schrieben.

„Für chinesische Onlinehändler war der deutsche Markt in den vergangenen Jahren ein Eldorado“, sagt Mark Steier. Der Datenanalyst, der früher selbst Onlinehändler bei Ebay war, beziffert den Preisvorteil der Chinesen gegenüber den deutschen Kollegen auf 45 Prozent, „und das ist extrem konservativ gerechnet“. Chinesen sparten sich nicht nur die Umsatzsteuer, sondern auch teure Lizenzen und Sicherheitskontrollen, die deutsche Anbieter bezahlen müssen. Steier hat anhand der aktuellen Händlerlisten von Amazon und Ebay ermittelt, dass es 20 000 chinesische Onlinehändler in Deutschland gibt. Er ist davon überzeugt: „Rund 15 000 dieser chinesischen Unternehmer arbeiten illegal.“

Die Bedingungen für den Steuerbetrug sind bislang auch einfach zu günstig: Die Chinesen nutzen den Marktplatz von Amazon, wo der Versandhändler eine Vermittlungsplattform auch für andere Händler betreibt.

Chinesische Warenanbieter brauchen keine eigenen Mitarbeiter oder Lager in Deutschland – sie senden ihre Produkte einfach an Amazon. Der Konzern bunkert die Waren in Zentrallagern und verschickt sie auf Bestellung an die Kunden, zieht das Geld ein und überweist es nach China. Der Kunde bekommt häufig gar nicht mit, dass die Ware nicht von Amazon kommt. Ob der Händler aus China brav die Steuer entrichtet, kümmerte Amazon lange nicht.

Beide Seiten profitierten: Amazon konnte seinen Kunden immer mehr Produkte präsentieren und kassiert schätzungsweise bis zu 30 Prozent für seine Vermittlungsdienste.

Leidtragende sind dagegen der deutsche Fiskus – und die ehrlichen Händler wie Christian Pietsch. Der Rostocker verkauft selbst entworfene Ledertaschen und Silberschmuck auf der Onlineplattform und muss immer wieder feststellen, dass er von asiatischen Händlern binnen kürzester Zeit kopiert und unter-

## „Für chinesische Händler war der deutsche Markt in den vergangenen Jahren ein Eldorado“

**MARK STEIER**

Experte für Onlinehandel

boten wird. „Die allermeisten haben gar keine Steuernummer, das merkt man auf den ersten Blick schon“, sagt Pietsch, der bisher hilflos zusehen muss, wie die Konkurrenz schamlos am Fiskus vorbei operiert. „Ein Anschlag-Button wäre das Richtige“, sagt der Rostocker, und ist sich sicher, dass Tausende ehrliche Händler da drauf drücken würden.

Aber so weit will Amazon (noch) nicht gehen. Doch immerhin, seit die Politik ernst macht und ein Gesetz vorbereitet, geht der Konzern gegen die schwarzen Schafe auf seiner Plattform vor. „Lieber Verkäufer“, heißt es in einem Schreiben an die Händler, „der Verkauf Ihrer Produkte auf dem deutschen oder einem anderen europäischen Amazon-Marktplatz kann Ihnen helfen, Ihr Geschäft größer zu machen.“ Es sei jedoch „unumgänglich, Kenntnis von jeglichen Umsatzsteuer-Vorgaben zu haben“. Amazon erklärt auf einer eigenen eingerichteten Internetseite, was diese

Umsatzsteuer überhaupt ist und wie man sich dafür registriert – und verweist seine Händler an die Behörde, die für die Registrierung von Steuerpflichtigen aus China und Hongkong deutschlandweit zuständig ist: das Finanzamt Berlin-Neukölln.

### Strafbefreiende Selbstanzeige

Die Finanzbeamten in dem klobigen Bau, Thiemannstraße 1, haben deshalb gut zu tun: Jede Woche gehen derzeit 120 Anträge auf Erteilung einer Steuernummer ein. Waren vor einem Jahr erst 432 chinesische Onlinehändler registriert, berichtet Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, lag die Zahl Mitte Mai bei 1537. Die sechs Beamten waren so überfordert, dass drei zusätzliche Steuerfachkräfte in die Neuköllner Registrierungsstelle beordert werden mussten. Ob die kleine Truppe aber ausreicht, die noch anschwellende Antragsflut zu bewältigen, ist fraglich. Das wiederum wäre ein schlechter Witz, wenn der Fiskus unter der Last steuerwilliger Antragsteller zusammenbräche. „Gegen Zahlungswillige wehren wir uns nicht“, sagt Finanzstaatssekretärin Lambrecht und verspricht: „Dafür finden wir eine Lösung.“

Für den Hamburger Steuerberater Holger Petersen geht die Registrierung seiner chinesischen Kunden dennoch viel zu langsam. Er hat eine Software entwickelt, mit der er die für die Registrierung erforderlichen Daten erfassen kann. Doch als er die Daten nach Berlin-Neukölln übermitteln wollte, wurde er darüber unterrichtet, das dies nicht gehe. Die Folge: „Wir bekommen die Daten digital – und drucken sie aus, um sie dem Finanzamt zu geben.“

Mit dem Antrag ist es nicht getan: Die Finanzbeamten wollen wissen, wie lange die Chinesen schon steuerfrei in Deutschland tätig sind, dann müssen sie eine strafbefreiende Selbstanzeige stellen – schließlich gilt gleiches Recht für alle, auch Deutsche müssen hinterzogene Steuern nachzahlen.

Sechs Wochen dauere es mindestens, bis die Steuernummer da sei, berichtet Petersen. Viele seiner Kunden seien völlig verzweifelt, weil Amazon sie gesperrt habe und ihnen der schöne Umsatz verloren gehe.

Er beobachtet, dass sich viele Chinesen den Behördenkram sparen: Jede dritte Firma, schätzt er, verkauft einfach nicht mehr unter ihrem alten Namen, sondern gründet für die Steuer-ID einfach ein neues Unternehmen. Das spart die Selbstanzeige und die Steuernachzahlung.

Eine andere Variante ist noch dreister: Chinesen googeln nach der Umsatzsteuernummer eines beliebigen deutschen Unternehmens – und übernehmen sie einfach. ■